

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 33.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftslokale pro 3gepaltenen Zeile oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,

Sonnabend, den 29. Dezember 1906.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von G. H. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

Zur Beachtung!

Seite ist der Beitrag für die 52. Woche zu begleichen.

Ein Rückblick.

Wenn wir am Schlusse dieses Jahres einen kurzen Blick auf seinen Verlauf werfen, so tritt uns in erster Linie der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung vor Augen, der im Jahre 1906 während seiner ganzen Dauer in immer steigendem Maße eingetreten ist und noch anhält. Seit sechs Jahren war keine solche günstige Konjunktur, fast alle Industrien konnten eine außerordentliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit verzeichnen und die statistischen Gradmesser des Arbeitsmarktes registrierten eine sich von Monat zu Monat veringende Anzahl der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenstatistik des kaiserlichen Statistischen Amtes wies am Schlusse des dritten Quartals mit 1,0 Prozent Arbeitslosen gegen 1,4 Prozent im Vorjahr den niedrigsten seit dem Bestehen der Statistik verzeichneten Stand auf; eine Stichzählung Ende August hatte sogar nur 0,7 Prozent Arbeitsloser ergeben.

Die Statistik der deutschen Arbeitsnachweise (veröffentlicht im „Arbeitsmarkt“) zeigte ebenfalls das ganze Jahr hindurch einen Rückgang der Arbeitsuchenden, wie er seit vielen Jahren nicht mehr hatte verzeichnet werden können. Die Produktion fühlte sich so angeregt, daß sogar über großen Mangel an Arbeitskräften geklagt und von einigen Seiten allen Ernstes die Einfuhr von Negern und Chinesen angeregt wurde, um dem Arbeitermangel abzuhelfen.

Die Zeichen einer ausgezeichneten Konjunktur zeigten sich auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Zahlreiche industrielle Betriebe wurden neu gegründet, viele alte Betriebe wurden erweitert. Die Eisenbahn- und Statistiken der Transportanstalten, Gewerbe, Banken, Aktiengesellschaften usw. lassen alle erkennen, daß die Zeiten der letzten Hochkonjunktur erreicht und überschritten sind.

Die Landwirtschaft blickt auf mehrere gute Ernten zurück, heuer ist namentlich die Roggenernte sehr gut ausgefallen. Es ist daher kein Wunder, wenn Kraut- und Schloßhüter Jubelhymnen anstimmen und mit dem verfloßenen Jahr vollständig zufrieden sind, soweit bei diesen Nimmerjahren von Zufriedenheit die Rede sein kann. Die Arbeiter haben keine Ursache, mit den Verhältnissen, wie sie sich besonders mit dem Beginn der neuen Jollära entwickelten, zufrieden zu sein. Trotz aller Anstrengungen vermochten sie bisher von dem gesteigerten Arbeitsertrage nur einen geringen Anteil zu erlangen, der zudem durch die eingetretene enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel wieder vollständig kompensiert wurde.

Daher waren auch fast alle Industrien neben ihrem Aufschwung auch zugleich der Schauplatz wirtschaftlicher Kämpfe, da die Arbeiter selbstredend durch Lohnkämpfe die so überaus günstige Konjunktur für sich auszunützen und von dem Millionenregen an Gewinnen, Dividenden und Profiten, der in diesem Jahre über die Industriellen und Junker herniedergegangen ist, ein kleines Quentchen für sich zu behalten verjuchten.

Diese heftigen andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit, wobei ein merklich gesteigertes Solidaritätsgefühl auf beiden Seiten zutage trat, gehören geradezu zur Signatur des Wirtschaftslebens im vergangenen Jahr und werden, wenn der industrielle Aufschwung noch eine Zeitlang anhalten sollte, weder an Umfang, noch an Erbitterung verlieren.

Die Lebenshaltung der Arbeiter ist durch die Preissteigerungen der Nahrungsmittel und Verbrauchsgegenstände ganz enorm verteuert worden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Preiserhöhungen der meisten unentbehrlichen Bedarfsartikel nicht so sehr eine Begleitererscheinung des wirtschaftlichen Aufschwungs, als vielmehr eine Folge der agrarischen Deutepolitik ist. Je besser es den Agrariern ging, je größeren Nutzen die Industriellen aus der günstigen Konjunktur des Marktes ziehen, desto schwieriger wird es dem Volke gemacht, die Gunst der Stunde zu nützen.

Diese Lasten scheitern trotz aller Ablehnungsversuche der kapitalistischen Goldschreiber fest. Augenblicklich gibt es im gesamten deutschen Wirtschaftsleben nur eine Tendenz: Möglichst hohes hinausschrauben der Preise für alle Bedarfsartikel.

Diese Aufwärtsbewegung der Warenpreise hat die Verbrauchsfähigkeit der Arbeiterschaft jedoch derart gekemmt, daß jetzt schon ernste Störungen in bezug auf die Ernähungsmöglichkeit eingetreten sind. Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen haben sich die Kosten für die Ernährung einer fünfköpfigen Familie im verfloßenen Jahre um rund 15 Prozent gesteigert. Demgegenüber sind die Lohnsteigerungen, die den Arbeitern entweder freiwillig gewährt oder von ihnen durch Lohnbewegungen erreicht wurden, auch nicht annähernd gleich

hoch gewesen und in keiner Weise in dem Maße eingetreten, wie es die allgemeinen Preissteigerungen bedingt hätten. Es blieb deshalb nichts übrig, als den Hungerriemen fester zu schnallen und durch Verbrauch minderwertiger Qualitäten das Defizit zwischen Einnahme und Verbrauch zu decken zu suchen.

Ein erfreuliches Moment brachten diese Preissteigerungen. Die Arbeiter fingen an weiterzudenken und nachzusinnen, wie es möglich ist, ihren Ausbeutern und Ausbeutern ein Paroli zu bieten. Dies brachte in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Erfolgen eine denkbar günstige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

In Massen sind ihr die Arbeiter zugestrebte, einsehend, daß nur eine geschlossene Phalanx imstande ist, dem tieferdrückenden Nieden Kapitalismus Widerstand zu leisten und eine bessere Lebenshaltung zu erringen.

Die Gewerkschaften haben sich denn auch im abgelautenen Jahr wieder als ausgezeichnete Regulator der ökonomischen Verhältnisse erwiesen. Tausende von Lohnbewegungen sind geführt, für Hunderttausende von Arbeitern sind Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und andere Vorteile erreicht worden. Trotz dieser Kämpfe und teilweise unter dem Einfluß derselben vollzog sich der organisatorische weitere Ausbau der Gewerkschaftsbewegung in günstiger Weise, zahlreiche Organisationen haben im verfloßenen Jahre ihren Wirkungskreis erweitert und ihre Leistungsfähigkeit erhöht. Auch die Erziehungsarbeit hat im abgelautenen Jahr große Fortschritte gemacht. Je größere Massen organisierter und auch unorganisierter Arbeiter von den Unternehmern in Kämpfe förmlich hineingetrieben wurden, um so erfolgreicher war die praktische Erziehungsarbeit der Gewerkschaften.

Der sozialdemokratische Parteitag in Mannheim bedeutet einen Meilenstein in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, und seine Verhandlungen haben für die Arbeiter nach verschiedenen Richtungen hin gute Früchte gezeitigt. Die Grenzlinien, die in bezug auf den politischen Massenstreik gezogen worden sind, die Debatten über „Gewerkschaften und Partei“ u. a. m. haben den Blick der Arbeiterschaft wieder mehr auf die grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung gelenkt, sie haben aber auch in gewissen Parteikreisen wieder den Sinn für die große Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im Klassenkampf geweckt, vor allem aber der einigen Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaft die Wege gewiesen. In sozialpolitischer Hinsicht stand das Jahr 1906 gleich seinen Vorgängern auf dem toten Geleise. Umfassende, durchgreifende Reformen wurden nirgends vorgenommen, dagegen bescherte die Reichsregierung den Arbeitern gegen Ende des Jahres einen Gesetzentwurf, der den Wünschen und Forderungen der Arbeiterklasse direkt widersprach und zurzeit einen Entrüstungssturm entflammte, der in Tausenden von Resolutions seinen Ausdruck fand. Die Sozialpolitik der Einzelstaaten weist einige Reformen auf, auch auf dem Gebiet der kommunalen Sozialpolitik ist manches bemerkenswerte erreicht und geleistet worden.

Im Wirtschaftsleben war der verminderte Einfluß politischer Vorgänge auf das eigentliche Geschäftsleben eine auffällende Erscheinung. Die Anruhe und die Schwankungen der äußeren Politik blieben fast ohne Einfluß auf das Warengeschäft. Die Vorgänge in Rußland berührten das nützlichste Geschäft sehr wenig, im Gegenteil wirkte die Zerstörung wirtschaftlicher Werte in Rußland in dem Sinne, daß das Land von der auswärtigen Produktion abhängiger wurde. Das Verhältnis zu England, das noch gegen Ende des Vorjahres zu einer bedenklichen Verquickung von Politik und Geschäft zu führen drohte, ist im Laufe des Jahres dank der Sympathieverbindungen hien- und drüben wieder gut, ebenso das Verhältnis zu unseren anderen Nachbarstaaten, nirgends beeinflusste die Politik die Geschäfte in so erheblichem Maße, wie dies in früheren Jahren vielfach der Fall war. Trotz alledem geht die deutsche Industrie schweren Zeiten entgegen, die ihr aus den großen Erzieherungen der neuen Zollpolitik erwachsen sind. Der guten Konjunktur wird in absehbarer Zeit der unvermeidliche Rückschlag mit all seinen unangenehmen Begleitererscheinungen folgen. Wann die von den Arbeitern am meisten gefürchtete Krise eintreten wird, läßt sich heute mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Daß sie kommen, unfehlbar kommen wird, damit haben die Arbeiter aber sicher zu rechnen. Und auf diesen Umstand haben sie sich vorzubereiten. Es gilt, in erster Linie die Organisationen zu verstärken, um in der Stunde der Gefahr einen treuen Freund und Helfer zu haben. Die Arbeiter müssen auf sich selber bauen, sie haben von keiner andern Seite wirkliche Hilfe zu erwarten. Es gilt wie im alten, so auch fürs neue Jahr, treu zur Fahne zu stehen und neue Kämpfer zu erwerben, damit allen Stürmen getrotzt, allen Zerschmetterungen und Gefahren Widerstand geleistet werden kann. Deshalb auf zu neuem Schaffen, neuen Kämpfen.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1905.

II.

Die Angriffstreiks.

An den 1261 Angriffstreiks, die 1905 zu verzeichnen sind, waren 50 Organisationen mit zusammen 319 197 männlichen und 14 041 weiblichen Personen beteiligt. Um Verkürzung der Arbeitszeit wurden 36 Streiks mit 3721 Beteiligten geführt. Von diesen hatten 14 Streiks mit 767 Beteiligten vollen und 12 Streiks mit 2 199 Beteiligten teilweisen Erfolg. Wegen Lohnsteigerung wurden 560 Streiks mit 48 572 Beteiligten geführt, von denen 341 Streiks mit 22 566 Beteiligten vollen, und 117 Streiks mit 16 748 Beteiligten teilweisen Erfolg hatten. 543 Streiks mit 276 877 Beteiligten fanden statt zwecks Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitiger Lohnsteigerung. Hierunter endeten 306 Streiks mit 22 693 Beteiligten mit vollem und 152 Streiks mit 28 409 Beteiligten mit teilweisem Erfolg. Insgesamt hatten 722 = 57,9 Prozent der Angriffstreiks vollen Erfolg und 307 = 24,6 Prozent teilweisen Erfolg aufzuweisen. 207 Angriffstreiks waren erfolglos, von 12 ist das Resultat unbekannt und 18 waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet. Von den Beteiligten hatten 47 473 = 14,2 Prozent vollen und 48 381 = 14,5 Prozent teilweisen Erfolg. Der erfolglos verlaufene rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik, an dem allein über 215 000 Personen beteiligt waren, beeinflusst das Gesamtergebnis sehr erheblich. Betrachten wir diesen Streik als eine Ausnahme und legen der Prozentberechnung nur die Zahl der an den übrigen 1260 Angriffstreiks Beteiligten zugrunde, dann können wir für 40,2 Prozent vollen und für 41 Prozent teilweisen Erfolg konstatieren. Die Gesamtkosten der Angriffstreiks betragen 5 868 622 Mk. Der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst ist für 250 378 Streikende ermittelt. Auf männliche Streikende entfallen 4 884 401 und auf weibliche Streikende 283 532 verlorene Arbeitsstage. Der Verlust an Arbeitsverdienst beträgt 20 662 304 Mk. Seit dem Jahre 1900 wurden insgesamt 3844 Angriffstreiks geführt, und zwar um Lohnsteigerung 1879, um Verkürzung der Arbeitszeit nebst Lohnsteigerung 1463, nur um Verkürzung der Arbeitszeit 95. Den übrigen 407 Streiks lagen andere Forderungen resp. Ursachen zugrunde.

Die Abwehrstreiks.

Zur Zurückweisung der von den Unternehmern versuchten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fanden 809 Streiks statt, an denen insgesamt 30 679 Personen, 28 494 männliche und 2185 weibliche, sich beteiligten. Erfolgreich endeten 445 = 56,9 Prozent dieser Streiks und zwar kamen hierbei 18 711 = 61,0 Prozent aller Beteiligten in Frage. Teilweisen Erfolg hatten 102 = 13,1 Prozent der Streiks mit 5481 = 17,8 Prozent der Beteiligten. 213 Abwehrstreiks verliefen erfolglos, von 22 ist das Resultat unbekannt und 27 waren am Schlusse des Jahres noch nicht beendet. Die Gesamtausgabe beträgt 871 849 Mk. Der für 28 504 Streikende festgestellte Verlust an Arbeitszeit bejährt sich auf 344 423 Tage für männliche und 51 190 Tage für weibliche Streikende. Für diese Streikenden beträgt der Verlust an Arbeitsverdienst 1 366 097 Mk.

Die Abwehr richtete sich in 14 Fällen gegen den von den Unternehmern verlangten Austritt aus der Organisation. Hierbei kamen 708 Beteiligte in Betracht, von denen in zwei Fällen insgesamt 242 Erfolg hatten. Wegen Maßregelung streikten 4373 Personen in 150 Fällen, von denen 61 Streiks für insgesamt 1757 Personen mit vollem und 20 Streiks für 762 Personen mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Um Lohnreduzierungen zu verhindern, wurde in 296 Fällen von zusammen 11 141 Personen die Arbeit eingestellt. 170 Fälle mit 6472 Beteiligten waren erfolgreich und 52 Fälle mit 3208 Beteiligten hatten nur teilweisen Erfolg. Eine Verlängerung der Arbeitszeit mußte in 31 Fällen abgewehrt werden, was in 18 Fällen vollkommen und in 1 Fall nur zum Teil gelang. Die Nichterhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 103 Arbeitseinstellungen, an denen insgesamt 3386 Personen sich beteiligten. Von diesen Streiks verliefen 67 mit 2248 Beteiligten erfolgreich und 8 Streiks mit 472 Beteiligten teilweise erfolgreich. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter und aus verschiedenen sonstigen Ursachen machten sich insgesamt 215 Arbeitseinstellungen notwendig, von denen 127 mit Erfolg und 19 mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Von den seit Anfang des Jahres 1900 bis Ende 1905 geführten 3242 Abwehrstreiks wurden 1588 (49,0 Prozent) mit vollem und 446 (13,7 Prozent) mit teilweisem Erfolg beendet. Für die Streikenden, deren Zahl 123 733 beträgt, ist das Resultat nicht ungünstig, da für 64,0 Prozent Erfolg zu verzeichnen ist.

Vertrag eines ländlichen Arbeiters in Pommern.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen der in Pommern üblichen Arbeitsverträge für ländliche Arbeiter. Derselbe gilt für das einem Hauptmann der Reserve gehörende Gut Gellen bei Gollin, Kreis Neu-Stettin, und ist bei weitem nicht der schlechteste der in Pommern üblichen „Verträge“. Der Vertrag lautet:

§ 1. Zwischen der Gutsbesitzerin und allen in Gellen Wohnenden und Zugehörigen hat folgender Kontrakt bindende Gültigkeit:

Der Regel nach soll jeder Tagelöhner oder Deputant persönlich den Vertrag unterschreiben, jedoch hat derselbe auch dann Gültigkeit, wenn aus irgend einem Grunde die Unterschrift unterbleiben ist, sobald die betreffende Familie zugezogen ist. Jede besondere mündliche Vereinbarung in bezug auf das Dienstverhältnis erhält erst die für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer bindende Kraft, wenn sie schriftlich in diesen Verträge vermerkt ist.

Durch Kontraktbruch seitens der Arbeitnehmer wird die Gutsbesitzerin aller ihrer Verpflichtungen denselben gegenüber ledig.

Die Mündigungszeit ist zwischen dem 1. und 15. Dezember jeden Jahres.

Sieht ein Arbeiter aus eigenem Antriebe innerhalb des ersten Jahres seines Hierseins fort, oder muß er aus geschäftlichen Gründen von der Herrschaft entlassen werden, so muß derselbe die aus seinem Zuzuge der Herrschaft erwachsenen Kosten ersetzen. Unrechlichkeit, Ungehorsam und wiederholte Trunkenheit berechtigen die Herrschaft zur sofortigen Entlassung derselben aus Dienst und Wohnung. Ebenso hat die Herrschaft das Recht zur sofortigen Entlassung, wenn ein Arbeiter der Herrschaft nachteilig Schaden zufügt. Den Schaden ist der Arbeiter zu ersetzen verpflichtet. Als Tagelöhner oder Deputant im Sinne des Vertrages gilt derjenige, der als erster Mann aus der Wohnung zur Arbeit geht.

Der Tagelöhner oder Deputant haftet für den zu stellenden zweiten Mann (Hofgänger) sowie für alle aus seiner Wohnung zur Arbeit gehenden Leute. Alle Hofleute müssen von der Herrschaft in gleicher Weise wie die ersten Männer entlassen werden.

§ 2. Pflichten. Jeder Tagelöhner oder Deputant kommt täglich selbst zur Arbeit und hat wenigstens einen vollen Hofgänger zu stellen. Der erste Mann muß volle Mannesarbeit leisten, der Hofgänger, wenn er ein Mädchen ist, muß vollständig der Darle (beim Kornbinden) gewachsen sein, wenn er ein Junge ist, muß er pflügen und auch sonst mit 2 Pferden arbeiten können.

Jedes im landwirtschaftlichen Betriebe notwendige Handwerkzeug hat der erste Mann für sich und seine Hofgänger selbst zu beschaffen und stets in guter Ordnung zu erhalten. Wird in außergewöhnlichen Fällen von der Herrschaft Handwerkzeug gestellt, so haftet der erste Mann für das ihm oder seinem Hofgänger übergebene. Die Arbeitszeit beginnt je nach der Tageszeit verschieden nach dem Beginn der Herrschaft. Im Winterhalbjahr eine Stunde Minuspause, im Sommerhalbjahr außer dieser je eine halbe Stunde Frühstücks- und Beispäspause. Feierabend ist, sobald es dunkel ist und die Herrschaft denselben gebietet. Jeder Arbeiter muß mit dem angewiesenen Handwerkzeug kurz nach dem Klingeln auf den Hof oder dorthin, wohin er bestimmt wird. Deputanten müssen zur Wartung des Viehes oder der Pferde die nach Bestimmung der Herrschaft (im allgemeinen 2 1/2 Stunden vor Beginn der Arbeitszeit) im Stall sein. Sobald es in der Erntezeit notwendig erachtet, sind die Frauen, wenn sie gesund, verpflichtet, an den Nachmittagen zur Arbeit zu kommen, und zwar gegen eine Entschädigung von 50 Pf. pro Tag. Sollte es von der Herrschaft angeordnet werden, daß ein Tagelöhner einen Deputanten bei Vieh oder Pferden vertritt, so ist jeder Tagelöhner wie Hofgänger verpflichtet, auch diese Arbeit zu übernehmen. Ebenso sind Deputanten verpflichtet, wenn die Arbeit drängt, auch andere landwirtschaftliche Arbeit zu tun. Kein Arbeiter darf ohne Erlaubnis aus der Arbeit gehen und muß, wenn er solche wünscht, entweder persönlich oder durch den Hofmeister dazum einkommen. Wird der Urlaub nicht gewährt und bleibt der Betreffende dennoch fern, so macht er sich strafbar. Zum Nachwächterlehre tragen alle Familien zu gleichen Teilen bei. Den Hirtendienst entlohnt die Herrschaft und gibt jeder pro Tag 1 Mk. dazu. Schickt eine Familie längere Zeit keinen Hofgänger zur Arbeit, so zahlt sie pro Monat 10 Mk. Auch geschieht dies, wenn der Hofgänger wegen Schwäche, Krankheit oder anderen Gründen entlassen werden muß und kein Ersatz gestellt wird.

Sein Vergütung hat jede Familie die unangehörige Wohnung sowie Stall, Garten etc. in vollständiger Ordnung wieder abzugeben. Restlohn wird erst gezahlt, wenn die Lohnzahlung ab ist und die Familie alle Verpflichtungen in Gellen erfüllt hat. Auch wird zur Deckung aller Verpflichtungen der Lohn in Anspruch genommen. Wegen wiederholten Kontraktbrüchen gegen die Herrschaft können alle Arbeiter bis zur Höhe von 2 Mk. in Konventionalstrafe genommen werden. Alle Strafgelder müssen in einem Funde, der nach Ermessen der Herrschaft entweder der Disziplinartafel zufließt oder zu bestimmten Beteiligungen der Arbeiter verwendet wird. Entschädigungen gelten selbstverständlich nicht als Strafgelder in diesem Sinne. Arbeiter, die sich dauernd schlecht führen, können von solchen Beteiligungen ausgeschlossen werden.

§ 3. Ruhe. Tagelöhner und Deputanten erhalten

1. Jede Wohnung, Stallung und Bodenniveau, an welcher die betreffende Familie kleinere Reparaturen nach Ermessen der Herrschaft selbst unentgeltlich zu leisten hat.
2. Als Remuneration erhält jede Familie 4 Tage Zeit, um mit dem aus derselben zur Arbeit kommenden Leuten

Torf an angewiesener Stelle auszubringen. Anfuhr wird von der Herrschaft frei geleistet. Außerdem erhält jede Familie 1 Fuder Strauch zu Weihnachten unentgeltlich. Weitere Anfuhr von Feuerungsmaterialien kann gewährt werden, jedoch ist die Gutsbesitzerin hierzu nicht verpflichtet. Diese Anfuhr findet dann nur an Sonnabenden statt.

3. Die Nutzung des zur Wohnung gehörigen Gartens und der darauf befindlichen Obstbäume. Kein Obstbaum darf ohne Genehmigung der Herrschaft abgehauen oder beschädigt werden.

4. Bis zu 2 Morgen Kartoffelfeld auf der Gutsfeldmark, soweit der Dung der betreffenden Familie reicht. Es sind mindestens 4 Fuder pro Morgen zu düngen. Die Saat- und Erntearbeiten sowie die geernteten Kartoffeln werden von der Herrschaft frei an- und abgefahren.

5. Stroh je nach der Ernte 1—1 1/2 Stiegen.

6. Freies Futter und freie Weide für 1 Kuh und 6 Schafe. Im Winter die Kuh im herrschaftlichen Stall oder zu Hause. Im letzten Fall zwei Fuder Heu vom Vor- oder Nachschmitt.

7. 40 Quadratrußen Weiland, welches mit Deutung gedüngt wird. Ist die Kuh im herrschaftlichen Stall, so fällt Brudenland fort.

8. Zum Drehschiff gehören 4 Familien, von denen jede 3 Mann am Drehschiff zu stellen hat. Der Drehschifflohn beträgt vom Zentner 2 Pfund und geht in 12 Teile.

9. Der zweite Mann erhält pro Tag 25 Pf.

10. Der dritte Mann pro Tag 50 Pf. Auch kann sich die betreffende Familie, wenn der dritte Mann täglich zur Arbeit kommt, hierfür noch ein Kalb aufziehen und solange behalten, bis dasselbe entweder milchend oder zwei Jahre alt ist. Sie erhält für dasselbe freie Weide und 1/2 Fuder Heu.

11. Kinder erhalten, wenn sie zur Arbeit kommen, pro Tag 30 Pf.

12. An Deputat erhalten Tagelöhner und Deputanten 22 Zentner Roggen und 6,50 Zentner Körnerkorn.

13. Die Tagelöhner erhalten pro Tag 40 Pf. Die Deputanten einen Jahreslohn von 180 Mk.

14. Gänse und Hühner dürfen gehalten werden, es ist aber die siebente jeder Sorte abzugeben. Für die Gänse erhalten die Leute 3 Sad Raff. Wird ein zweiter Mann zum befristigen Futter und Pflegen sowie Arbeiten mit einem gespannten Pferd bestellt, so erhält er pro Tag 10 Pf. Zulage. Zieht ein zweiter Mann die Sense, so erhält er pro Tag 15 Pf. Zulage.

Der Sämann erhält für pro Tag fertig und sauber gefäht 40 Morgen Korn 25 Pf. Für das Säen von Kunstdünger erhalten die Säleute pro Morgen 2 Pf. Zulage. Die Milchmädchen erhalten pro Monat 4,50 Mk. Zulage, die Milchzeit fällt aber des Morgens vor, des Abends nach der Arbeitszeit bzw. werden die Mädchen zu zu bestimmender Zeit zum Milchen von der Arbeit geschickt. Während des Milchens haben sie dem Viehmeister pünktlich Folge zu leisten.

Und da sage noch einer, die Sklaverei sei abgeschafft.

Wohnungselend.

Grausame Bilder von Not und Verwahrlosung enthüllt wieder die 5. Wohnungsuntersuchung, die Albert Fohn im Auftrage der Berliner Disziplinarkommission für Kaufleute u. bearbeitet hat. Seit 1901 läßt die Kommission ihre Kontrolleure die Wohnräume der besuchten Kranken nach Raum und Beschaffenheit aufnehmen und das Ergebnis statistisch und durch Beschreibung auffälliger Wohnungsverhältnisse feststellen. So ist bereits ein umfangreiches und durch die Genauigkeit und Vielseitigkeit der Ermittlung sehr brauchbares Material zur Beurteilung der Wohnungsverhältnisse des Proletariats zusammengekommen, das durch die neue Veröffentlichung wieder erheblich erweitert und vertieft wird. Die Erhebungen betreffen diesmal die Wohnräume von 13 221 Familien (7162 männlichen, 6059 weiblichen), von denen 10 596 in ihrer Familie, 2 225 gleich 19 Prozent in Schloßzellen oder Mublotten wohnten. Das ist also schon ein recht umfangreiches Untersuchungsgebiet, das sich auf eine teils aus Handlungsgeschäften, teils aus Handels- und Industriearbeitern bestehende Arbeiterschaft erstreckt, die mindestens nicht unter dem Durchschnitt der Arbeiterschaft steht. Zudem handelt es sich fast nur um Personen, die bis zur Entlassung in Arbeit gekamden haben, keinesfalls also um auserlesene ungünstige Verhältnisse.

Von den 13 221 Familien wohnten 2754 (darunter 281 rheumatische Erkrankte) vier Treppen hoch, 375 im Dachstuhl u. 688 (davon 116 an der Lunge oder sonstigen Atmungsorganen, 81 an Rheumatismus Leidende) im Keller. 82 Räume waren ohne Fenster. Nur 2041 Kranke hatten allein einen Wohnraum zur Verfügung. 946 mußten sich fünf, 525 sechs und 399 gar sieben und mehr Mitbewohner gefallen lassen. Demgemäß hatte nur knapp die Hälfte den bescheidenen Mindestraum von 20 Kubikmeter pro Person oder mehr, 50,1 Proz. hatten weniger. Dabei wohnte der größere Teil (51,8 Proz.) in Hinterhäusern mit ohnehin meist unzulänglicher Luftzufuhr. Sogar der völlig ungenügenden Forderung von 10 Kubikmeter, die der preussische Wohnungsgesetzentwurf aufgestellt, entsprechen 2086 = 15,8 Prozent der Wohnräume nicht. Das geht herab bis zu weniger als 15 Kubikmeter für 8 und mehr Personen. Diese Zustände veranlassen den Eindruck der Tatsache, daß von den Patienten nur 32,1 Proz. in Wohnungen von 2 Stuben und Küche und 9,2 Proz. in größeren lebten, 38,7 Proz. dagegen in Wohnungen von einer Stube und Küche und 20 Prozent sogar in solchen von nur einer Stube oder einer Küche. Dabei weiß der Anteil dieser kleinsten Wohnungen eine ständige Zunahme auf. Es bewohnen nur eine Stube

in den Vorderhäusern

1903	1904	1905
20,72 Prozent	21,24 Prozent	22,18 Prozent der Männer
17,28	18,49	20,25

in den Hinterhäusern

14,64 Prozent	15,45 Prozent	17,79 Prozent der Männer
13,62	15,46	16,67

Also eine steigende Verelendung auf dem Gebiete des dringlichsten, für die Gesundheit und Sittlichkeit meist entscheidenden Bedarfs.

Nur 15 Prozent der Kranken hatten am Tage, 16 Prozent bei Nacht einen Raum für sich. Von 1298 bei ihren Familien wohnenden Lungentranken teilten nicht weniger als 82 Prozent den Schlafraum mit Angehörigen, davon 410 (31 Prozent) mit drei und mehr bis über sieben! Nicht einmal ein Bett für sich haben manche Kranke. In einem Falle teilt ein an Influenza und Halsentzündung Erkrankter sein Bett mit einem Scharlachkranken; in dem kleinen Zimmer steht noch ein Bett mit zwei Schläfern. Eine andere Patientin schläft bei ihrer Schwester, in weiteren drei Betten desselben Raumes noch fünf Personen. In einem Korridor mit ungenügendem kleinem Fenster schlafen vier Personen in zwei Betten, einmal sogar vier Kinder in einem Bett.

1387 Patienten wohnten in dunklen, 455 davon in noch dazu feuchten Räumen. 1580 mußten auf dem Hofe gelegene Klosetts benutzen, mindestens 3300 das Klosetts mit mehr als 10 Personen bis zu 40 und mehr teilen. 392 hatten keine Heizmöglichkeit, 1020 nur die unzulängliche oder gesundheitschädliche des eisernen Ofens oder Kochherdes. So begreift es sich, daß unter 1600 Lungentranken 415 waren, bei denen andere Familienmitglieder am gleichen Leiden erkrankt, und 336, bei denen solche bereits daran gestorben waren.

Es sind erlösende, leider bei weitem nicht erschöpfende Bilder von Leid und Not, die hier aus trockenen Zahlen hervorzuhauen und in dem Berichte durch eine große Reihe von Einzelbeschreibungen und einige sehr klare Lichtbilder ihre lebendige Färbung erhalten. Das Schlimmste freilich weist keine Statistik auf und kein Bild. Das ist die Luft, die in diesen Wohnhöhlen herrscht, diese stickige, abbetreffende, von Dünsten und tausendertei schädlichen Bestandteilen erfüllte Luft — und der ganze körperliche und Gemütszustand, in dem diese bebrütet, an Licht, Luft, Ruhe noch mehr als an Speise und Trank darbenenden Bewohner sich befinden.

Das Organ des preussischen Hausbesitzervereins spricht von einem „erfreulichen Hochalt der Preise“. Angesichts der hier geschilderten Zustände wird die ganze Frivolität dieses Ausspruchs satter Grundherren erkennbar.

Wirtschaftliche Rundschau.

Glänzende Jahresabschlüsse in Amerika, England, Italien, Deutschland. — Die Geldmarktsanpassung beim Jahresausgang. — Einfluß des Wahlkampfes?

Vor dem Jahresabschluss scheint man sich in aller Welt noch mehr als von der günstigsten Seite zeigen zu wollen.

In Amerika kann der allgemeine „Boom“ kaum mehr überboten werden; nach der Rooseveltischen Politik an das Washingtoner Parlament erstreckt sich die amerikanische Nation eines buchstäblich noch nicht daerwiesenen Gedeihens. Der Rohreizenmangel in den Vereinigten Staaten seit langem der beste Grabiner der Eisenbahn- und Industrienentwicklung, hat darat zugenommen, daß hervorragende Bahnerwerke bereits von der Notwendigkeit einer zeitweisen Betriebs-einstellung sprechen; jede auf längere Zeit berechenbare Preisnorm hat aufgehört. Wenn die Hochzeiten überhaupt mehr leisten könnten — neben ihrer eigenen Zahl und Einrichtung fällt natürlich die störende Rohstoffbeschaffung ins Gewicht —, so würde die diesjährige Produktion noch höher als bereits glänzende Vorjahr übertreffen. Zusammen stellen sich die Erzeugnisse für Roheisen in Tons:

	1905	1906
Januar	1 781 847	2 088 898
Februar	1 597 343	1 904 932
März	1 936 264	2 165 632
April	1 922 041	2 073 222
Mai	1 963 717	2 098 746
Juni	1 793 289	1 970 733
Juli	1 741 935	2 013 402
August	1 843 673	1 922 717
September . .	1 899 500	1 970 962
Oktober	2 068 174	2 198 808

Nach einer als zuverlässig bezeichneten Schätzung sollen die werdenden Hochöfeneinrichtungen Amerikas nicht weniger wie 7 Millionen Tons dreierlei jährlich auf den Markt werfen können. Das allein wäre mehr als die Hälfte der ganzen diesjährigen deutschen Erzeugung! Dabei leisten die alten Betriebe in einem Monat bereits so viel, wie Deutschland in zweien! Und dennoch spielen Beklemmungen vor der Zukunft noch gar keine Rolle.

Englands Roheisenlieferungen werden unter der heutigen einzigen Konstellation nicht nur von Amerika, sondern sogar von Deutschland stark in Anspruch genommen. Daher auch hier das bis zum Uebermaß gesteigerte Selbstvertrauen und die wachsende Preissteigerung. Von Mitte September bis Mitte Dezember sind Middle-brough-Warrants (Rohereisen) um 54 1/2 auf über 62 Schilling pro Tonne emporgesprungen. — Der englische Kohlenmarkt, dem vollends noch die Aufhebung des (durch den südafrikanischen Krieg hervorgerufenen) Kohlenausfuhrstopps ab 1. November zugute kam, schwelgt in Haussestimulation. In Newcastle notierte man

pro T.	Anfang Dezember 1904	1905	1906
Weiße Dampfstoße	9 sh.	9 sh.	12 sh.
Zweite Sorten	8 sh. 3 d.	8 sh. 3 d.	11 sh.
Kleine Dampfstoße	4 sh. 5 d.	5 sh. 5 d.	8 sh.
Gießereifoks	14 sh. 6 d.	17 sh. 3 d.	21 sh.

Die englische Baumwollindustrie, die 1904 ein unbefriedigendes Jahr, 1902 und 1903 sogar sehr schlechte Jahre durchmachte, hält sich auf der glänzenden Höhe von 1906; allerdings blüht die Spinnerei argwöhnlich auf die Menge und Größe der neu entstehenden Betriebe.

Selbst das so lange Zeit darniederliegende Italien macht nach der Entrede des Finanzministers einen überraschenden Aufschwung durch. Allein für die Umgestaltung und Erweiterung der, allerdings arg vernachlässigten, Eisenbahnen sind hier 610 Millionen Lire neu ausgeworfen.

Die deutschen Erfahrungen brauchen wir nicht von neuem zu schildern. Nur eine Preisvergleichung möge nach der „Voss. Zig.“ die heutige Lage kennzeichnen. An der Düsseldorfener Börse notierte man:

	Anfang 1905	Anfang 1906	Anfang 1906
Thomaseisen	57,75	68,25	74,60
Zugburger Fubdeleisen . . .	45,85	52,40	61,20
Englisches Roheisen Nr. III . .	54,—	78,—	88,50
Deutsches Gießereieisen Nr. III	65,50	68,—	78,—

Gewiß spielt dabei eine Vertierung der Erze und Brennstoffe eine Rolle, dennoch sichern die Eisenpreise zweifellos ganz außergewöhnliche Ueberschüsse. Im Gegensatz zu früheren Perioden sind sogar die Lagen der Festigfabrikation über die ihr aufgelegte

Materialeinvertheuerung verflummt. Der eigene Verkaufserlös deckt offenbar reichlich die rechnungsmäßig höher zu veranschlagenden Produktionskosten.

Erklärlicherweise schließt der Leihkapital- und Geldmarkt mit einer kaum vor dem genannten Anspannung ab. Die Bank von England hat seit dem 19. Oktober die hohe Zinsrate von 8 Prozent nicht wieder verlassen. Sie hat dadurch zwar ihre Stellung gestärkt, aber unter den fortgesetzten Ansprüchen Ägyptens, Nordamerikas, Brasiliens, Argentiniens scheint sie an die Möglichkeit einer baldigen freigelegteren Kreditgewährung nicht zu denken; vielmehr verleihe sie erst neuerdings vorwarnend, sie „müsse zu weiteren Schutzmäßigkeiten greifen, wenn sie in ihrer Vorbeugungspolitik nicht einsehender vom offenen Markte unterfützt werde.“ In New York hat man kurz vor Mitte Dezember nicht weniger wie 15 Prozent für tägliches Geld gezahlt. Der Schatzsekretär Shaw hat zwar angekündigt, daß er durch vorzeitige Kuponentlösung und umfassenbere Depots bei den Notenbanken den Zahlungsmittelumlauf zu härten gedente. Demgegenüber steht jedoch der abnorme Bedarf beim Jahreswechsel, der im Vorjahre für tägliches Geld in Wall Street (dem Börsen- und Bankstutzpunkte New Yorks) bis zu 120 Prozent bezahlten ließ! Für Deutschland sprach der Reichsbankpräsident vor ein paar Tagen die Hoffnung aus, man werde um eine nochmalige Diskontenerhöhung herumkommen. Indes ist das wenig wahrscheinlich — während wir dies schreiben, gehen die Wogenausweise aller Reichsbankfilialen in Berlin ein und bis zur Drucklegung wird die letzte Entscheidung über die Diskontopolitik gefallen sein. Ende November 1904 und 1905 hatte die Reichsbank noch eine steuerfreie Notenerbe von 200 oder doch von 17 Millionen Mark zur Verfügung. Dieses Jahr war man an diesem Zeitpunkt schon mit über 98 Millionen Mark in der Steuerpflicht, trotz des 6prozentigen Diskonts seit dem 10. Oktober. Nach dem Ausweis für den 7. Dezember war der Abstand gegen die Vorjahre noch ungenügender; die übliche Erleichterung nach dem Monatswechsel war viel schwächerer wie sonst. Alle Welt zweifelt deshalb an der Durchführbarkeit des köstlichen Wunsches.*

In der nordamerikanischen Union wirkt ein Wahlkampf regelmäßig hart ablaufend und beunruhigend auf den Geschäftsgang zurück. In Deutschland war davon von jeher wenig zu bemerken. Am meisten noch nach der Auflösung von 1887, bei der bekanntlich die Kriegsbefürchtungen weit über die Erwartungen oder Befürchtungen hinsichtlich des hohen Wahlergebnisses überwiegen. Da ähnliche Zwischenfälle diesmal kaum in Aussicht stehen, und das Schicksal der „Kolonialwerte“ noch nicht einmal einen engsten Vorkreis in der Aufregung zu legen vermag, so ist es ziemlich möglich, über die Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch die nächsten Parlamentswahlen zu spekulieren. Was jetzt haben sich in der Tat die Wahlen kaum zu irgend welchen Veränderungen des Kursniveaus bestimmen lassen. Das ist die Reprise der Machtlosigkeit des deutschen Parlamentarismus.

Berlin, 16. Dezember 1906.

Max Schäppl.

Soziale Rundschau.

Reichsgericht und Konfessionsrecht. Streitandrohung ist erlaubt. So hat im Sommer d. J. der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts entschieden und seinen Spruch wie folgt begründet: „Nach Ansicht des erkennenden Senats muß es als ausgeschlossen angesehen werden, daß es unter die durch § 153 verbotenen Drohungen falle, wenn die Partei, welche durch an sich erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entscheidung über die freitigen Fragen einzuwirken sucht. Die Mittel, mit denen bei Streitigkeiten der in § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Art angriffswürdig darauf berechnet, den widerstrebenden Willen des Gegners zu beugen, diesen durch Zufügung eines Uebels zum Nachgeben zu zwingen und die wirkliche Anwendung der dabei in Betracht kommenden Maßnahmen stellt, verglichen mit der bloßen Androhung derselben, das schärfere, zur Brechung des Widerstandes wirksamere Mittel dar. Es erscheint unmöglich, anzunehmen, daß der Gesetzgeber das intensivere Zwangsmittel habe gestatten, das mildere aber mit Strafe bedrohen wolle; es wäre das auch vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit aus gar nicht zu verstehen.“

Streikandrohung ist verboten. So hat nun der 4. Strafsenat desselben Reichsgerichts geurteilt und demnach ein Urteil des Landgerichts in Leipzig bestätigt, das den Redakteur des „Steinarbeiter“. Genossen Etschinger, zu sechs Wochen Gefängnis verurteilte. Et. hatte im Auftrage seines Verbandes mit einem Steinbruchbesitzer wegen Wiedereinstellung eines gemäßigten Vertrauensmannes der Steinarbeiter verhandelt und dabei gesagt, wenn der Vertrauensmann nicht wieder eingestellt werde, würden „Gegenmaßnahmen ergriffen werden“. In diesen Worten hatte das Leipziger Landgericht eine expresse Drohung erblickt und der 4. Strafsenat des obersten Gerichts ist diesem Urteil beigetreten.

Um nicht mit dem Urteil des 6. Zivilsenats in Konflikt zu kommen und eine Plenarentscheidung des Reichsgerichts herbeiführen zu müssen, erklärte der Strafsenat, daß es sich bei seinem Urteil um § 253 des Strafgesetzbuches, beim Urteil des Zivilsenats aber um § 153 der Reichsgewerbeordnung handle. Trotz alledem handelt es sich aber um ein und dieselbe Materie. Hier Streikandrohung und dort Streikandrohung, die, wie der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts mit untrübbarer Klarheit hervorhebt, nicht strafbar sein kann, weil die angedrohte Handlung, der Streik, nicht strafbar ist. Ganz nebenbei ist es, daß das Leipziger Landgericht das Wörtchen „expresse“ eingeschoben hat und, weil es in § 153 der Reichsgewerbeordnung keine Stelle gefunden hat, diesen vom Konfessionsrecht untrennbaren Fall mit dem auf Spitzbüben und Betrüger gemünzten § 253 des Strafgesetzbuches verknüpfte.

Die Streikandrohung ist also erlaubt und verboten von ein und demselben Gericht. Und in diesem Zusammenhang juristischer Spitzfindigkeiten soll sich der Arbeiter zurechtfinden!

Haushaltskosten im Jahre 1906. Das Fazit der Lebensmittelpreisbewegung im Jahre 1906 ist eine ganz bedeutende Verteuerung des Lebensunterhaltes; die Ausgaben für die Ernährung sind im letzten Jahre so stark gestiegen, wie in keinem vorhergehenden seit 1900. Zu diesem Ergebnis gelangt man auf Grund der monatlichen Berechnungen, die die Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ seit 1898 allmonatlich über den Kostenaufwand für die wöchent-

liche Ernährung in verschiedenen Städten des Reichs macht. Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das Bierfache der Normalration des Marinejoldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquantitäten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Zuschlag einer 15prozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigsten Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Verfolgen wir für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München die Berechnungen vom Jahre 1900 ab, so ergibt sich, daß die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betragen in Mark:

Table with columns for years (1900-1906) and cities (Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart, München) showing food costs.

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 nur 1062,88 Mark auszugeben brauchte, mußte in diesem Jahre 1197,52 Mark aufwenden, d. i. eine Verteuerung gegenüber 1900 um rund 13 Prozent.

Besonders hervorzuheben ist die Steigerung der Ausgaben in den Jahren 1905 und 1906. Während diese Steigerung in den Jahren 1900 bis 1904 „nur“ 44,10 Mark betrug, waren es für das Jahr 1905 allein 35,98 Mark und für das Jahr 1906 sogar 53,56 Mark.

In diesen Zahlen zeigt sich deutlich die Wirkung des neuen Soldtarifs und es ist Ehrempflicht der Arbeiter, den politischen Parteien, die dieses Wuchergesetz geschaffen und trotzdem bei der bevorstehenden Reichstagswahl wieder um die Stimmen der Arbeiter buhlen, die gebührende Antwort zu erteilen.

Direktorengehälter und Aufsichtsratsgehälter. Bis zu welcher Höhe Direktorengehälter steigen können, beweist die Lantime der Direktion der „Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft“ Berlin, die für das Geschäftsjahr 1903/04 sich auf rund 900 000 Mk. belief. Davon erhielt allein der Generaldirektor 400 000 Mk. Wer will es dem letzteren verdenken, wenn er sich bei solchem kläglichen Einkommen nach Nebenbeschäftigung umsieht? So steigt seine Jahreseinnahme durch Entschädigungen für Aufsichtsratsfunktionen bei anderen Gesellschaften auf ungefähr 750 000 Mk. Interessante Aufschlüsse darüber, was Aufsichtsratsfunktionen kosten können, brachte der langweilige Prozeßbericht der vertrachten Pommerschen Hypothekenbank. Dort wurde aus den „Sekreten Ausgaben“ folgende wunderbare Blüte verlesen: Zwei Direktoren und fünf Aufsichtsräte waren an diesen Sitzungen beteiligt. Diese 7 Personen hatten folgende Beträge in Rechnung gestellt: 14. August 1897 für die Aufsichtsrats Sitzung 132,50 Mk., für Zigarren zur Aufsichtsrats Sitzung 40 Mk., Februar 1898 für Revisions Sitzung 403 Mk., für Wein, Frühstück 161 Mk. ... Diner für Aufsichtsrats Sitzung und Generalversammlung 1359 Mk., Revisions Sitzung 95,50 Mk., 12 Billets 1. Klasse zur Fahrt nach Neu-Strelitz 146 Mk., Zringsgeld für den Zugführer 30 Mk.

So oder ähnlich geht es natürlich auch bei anderen Aufsichtsratsfunktionen großer Gesellschaften zu, und es ist zweifellos ein reizendes Bild aus unserer gottgewollten „Ordnung“, wenn ein halbes Duzend Menschen bei einer Sitzung Hunderte für Wein und Frühstück verbrachten und in eben dieser Sitzung sich vielleicht die Köpfe zerbrechen, wie man die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter am besten eindämmen und ihre Organisationen am leichtesten vernichten kann.

Gründlich blankiert. In einer Augsburger Papierfabrik wurde vor einiger Zeit eine eiserne Schraube in eine Maschine hineingeworfen, was zur Folge hatte, daß die wertvolle Maschine ruiniert, der Betrieb gestört und ein enormer Schaden verursacht wurde. Natürlich mußte dieses Substantiel ein organisierter Arbeiter getan haben, weil — so dachte sich der Fabrikant — die organisierten Arbeiter seiner Fabrik allen Grund hatten, gegen den Unternehmer böse zu sein. Mehrere organisierte Arbeiter wurden als der Tat dringend verdächtig entlassen und man verjäumte nicht, dieses Verbrechen der organisierten Arbeiter in die Welt hinauszuposaunen und es als Werbetrommel für die neugegründete gelbe Garbe der Fabrik zu benutzen. — Nun kam durch einen Zufall an den Tag, daß der Urheber dieses Substantiels kein organisierter Arbeiter, sondern ein Mitglied der von dem Unternehmer ins Leben gerufenen gelben Gewerkschaft, also ein von dem Unternehmer als „gutgesinnt“ und „brav“ anerkannter Arbeiter war!

Aus der „demokratischen“ Schweiz. Vom schweizerischen Scharfmacherverband der Maschinenindustriellen ist dem schweizerischen Metallarbeiterverband ein geheimes Sitzungsprotokoll in die Hände gefallen, aus dem hervorgeht, daß der 98 Firmen mit 26 921 Arbeitern umfassende Verband im Jahre 1905 200 245 Franks zu Streikversicherungszwecken zusammenbrachte, wovon Fabriken in Schlieren, Koryschach und Basel Unterzahlungen von 25 000 Franks, 8000 Franks und 3800 Franks erhielten. Der Direktor Funk von der Scharfmacher Metallwarenfabrik in Thun engagierte bei der Polizei 2000 Mann zu je 4 Franks Extrabehaltung pro Tag, um die streikenden Arbeiter niederzuschlagen. Als er dann die Summe von 5479,75 Franks an Polizeilohnen zahlen sollte, weigerte er sich dessen, aber eingeholt wurde juristische Gutachten kamen zu dem Schluß, daß kein Unternehmer verpflichtet sei, dem Staate finanzielle Opfer zu bringen für den ihm gewährten Schutz der Arbeitswilligen durch Polizei oder Militär, daß aber der Direktor bezahlen solle, weil er es verbrochen habe und der Staat ihn deshalb gerichtlich belangen könne.

Die schweizerischen Unternehmer werden also in Zukunft herabwürdige Verprechungen nicht mehr machen, sondern es als selbstverständlich betrachten, daß ihnen die Polizei bei Streiks unentgeltlich zur Verfügung steht. Bei uns in Deutschland wissen die Unternehmer schon lange.

Eine Reihe von Agitationsversammlungen fanden im Gau 11 (Schlesien) statt. Zeils wie die schon bestehenden Zahlstellen zu vergrößern, teils um neue zu gewinnen. In Brieg sprach am 9. Dezember der Gauleiter über „Die Aufgaben der gewerkschaftlichen Agitation“. Die Versammlung vertiefte der Ausbildung, weil der Beamte der Meinung war, öffentliche Angelegenheiten dürften nur mit seiner Zustimmung erörtert werden. Am Sonntag, den 10., sprach in Muslau v. L. der Gauleiter in einer öffentlichen Versammlung über „Wie erringen wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Nachdem Redner die Lage der Industriearbeiter, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschildert, fand eine kurze Diskussion, welche sich im Sinne des Referats bewegte. Der Karriellvorleser rügte besonders das Verhalten des reichstreuen Verbandes, welcher immer die freien Gewerkschaften verleumde, heute sei Gelegenheit, ihre Verleumdungen zu wiederholen, er ermahnte die Gegner, ungeniert das Wort zu nehmen, die Rednerfreiheit würde ihnen in weitgehender Weise gewährt; doch weit gefehlt! Die Herren zogen es vor, sich auszuweichen. Der Referent kennzeichnete das Verhalten des reichstreuen Verbandes und der Pirische, welche sich an Charakterlosigkeit durch nichts nehmen, und wies den Arbeitern der Papierfabrik nach, daß ihr Platz nicht in jenen Hoch-Arbeitervereinen, sondern in den freien Gewerkschaften sei! Dann wurde Graf Arnim von Muslau, der Eigentümer der Papierfabrik, gezwungen werden, andere Löhne als 15—17 Pf. pro Stunde zu bezahlen. — In Bunzlau, wo vorher schon der Versuch zur Gründung einer Zahlstelle vorgenommen war, sprach am 10. in gut besetzter Versammlung Kollege Radlof-Breslau über: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Agitation.“ Hier hatten sich aber nicht etwa die Pirische und Christlichen als Gegner eingeschrieben, sondern die freien Gewerkschaften! Transport- und Bauarbeiter und eine Anzahl Kartellbelegierte, welche die Notwendigkeit, eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes zu gründen, durchaus abgelehnten; den Arbeitern wäre Gelegenheit gegeben, sich bei ihnen zu organisieren. Kollege Kaletka meinte, daß es notwendig sei, weil viele Hunderte von Fabrik- und Ziegeleiarbeitern sich organisierten, würden, jedoch der Fabrikarbeiterverband ins Leben gerufen würde. Stadtratsmitglied Scheib ermahnte die Versammlung den Kartell zu unterbreiten, damit die Angelegenheit, ohne daß irgendwem eine Gewerkschaft zu Schaden käme, geregelt würde; er selbst wünscht den Fabrikarbeitern gute Erfolge und beantragt, Kaletka zur nächsten Sitzung des Kartells hinzuzulassen. Kollege Radlof ermahnte aber, daß die Nichtorganisierten schon jetzt ihren Beitritt vollziehen möchten, worauf sofort 10 Kollegen beitraten. — In Ohlau sprach Genosse Redakteur Kaul-Breslau über das gleiche Thema unter besonderer Berücksichtigung der schauerlichen Verhältnisse und ermahnte die zahlreich erschienenen Kollegen, dem Verbande der Fabrikarbeiter beizutreten, auch richtete er einen Appell an die Genossen, die Organisationsbestrebungen der Fabrik- und Landarbeiter zu unterstützen. Hier bewegte sich die Diskussion im Rahmen des Referats. — In Freyland (Niederschlesien), wo mehrere größere Ziegeleien vorhanden sind, fand ebenfalls eine Versammlung statt. Kollege Gerhardt wurde vorläufig als Vertrauensmann gewählt, und soll die Gründung der Zahlstelle zu Beginn des neuen Jahres vorgenommen werden. — In Gajrau i. Schl. hatte sich der Gauleiter als Gewerkschaftsleiter mit dem Erlaube gerandt, ihm bei der Gründung einer Zahlstelle behilflich zu sein. Das Kartell lehnte es ab mit der Begründung, daß ein Teil der Fabrikarbeiter bereits im Transportarbeiterverband organisiert sei. In einer am Dienstag, den 12., stattgefundenen Vertrauensmannung gegen den Gewerkschaftsleiter, die Reichsfabrik der Berufswörter betriebs, griff der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes in die Diskussion ein und forderte die zahlreich erschienenen Fabrikarbeiter auf, sich ihrem Verbande anzuschließen, wenn sie Wert auf die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage legen. Am Mittwoch, den 13. Dezember, fand hierauf eine Besprechung der in Ziegeleien von Gajrau und Umgebung beschäftigten Arbeiter statt, in der Gauleiter Joppich den Kollegen Karlego, welche Organisation für sie eigentlich nützlich wäre. Er wies unter anderem auf unser Verbandsorgan hin, schon daraus könne man ersehen, daß es dem Verbande der Fabrikarbeiter mit der Interessensvertretung ermit sei, wiederholt und Kritik über die Lage der Ziegeleiarbeiter gebracht worden, dadurch sind die Kollegen immer über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Verstande unterrichtet. Auch seien auf dem Kongress am 3. und 4. Juni zu Magdeburg die Ziegeleiarbeiter dem Fabrikarbeiterverbande überwiesen worden, und schon eine erhebliche Anzahl von Ziegeleiarbeitern sei dem Reize der Organisation gefolgt und unsere Mitglieder geworden. Nachdem Redner noch über die Vorteile unserer Organisation im allgemeinen Mitteilung gegeben, waren fast alle von der Notwendigkeit des Anschlusses überzeugt. 12 Mann traten sofort ein. Als Vertrauensleute wurden zunächst die Kollegen Paul Biedermann und Robert Zeißel gewählt. Die Wahl einer Ortsverwaltung soll zu Beginn des neuen Jahres vorgenommen werden. In den Kollegen der neugegründeten Zahlstellen und allen anderen Vertrauensleuten wird es nun liegen, weitere Kämpfe für uns zu werben: Uns zum Schutz, den Gegnern zum Verzug. Fr. J.

Konferenz der Zahlstellen der Bezirks Frankfurt a. M.

Überall, in allen Gauen sind die Kollegen seit einiger Zeit eifrig an der Arbeit, teils einen wichtigen Beitrag des Leipziger Verbandstages zur Ausführung zu bringen, teils ihn zu vertreten. Es ist dies der Schlüssel zur Verwirklichung der einzelnen Zahlstellen. In Gau 3 ist die Verwirklichung in zwei Bezirken schon vollzogen, nämlich in den Bezirken Mainz und Offenbach. Um nun auch im Bezirk Frankfurt a. M., dem industriereichsten Bezirke unseres Gaues, diese Frage in Fluß zu bringen, ließ sich der Gauvorstand veranlassen, am 9. Dezember eine Konferenz nach Kesterbach einzuberufen mit der Tagesordnung: 1. Die Beschäftigte des Verbandstages bezüglich der Verwirklichungsfrage. 2. Die Erhebung eines einheitlichen Lokalbeitrages. Eingeladen waren die Zahlstellen Frankfurt, Neu-Frankfurt, Fachsenheim, Gana, Homburg v. d. G., Oberursel, Nied., Höchst und Kesterbach. Der Gauleiter Köpcke eröffnete die Konferenz, welche von 20 Delegierten und 3 Gauvorstandsmitgliedern besucht war. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Homburg und Fachsenheim. Ersterer hatte sich brieflich entschuldigt, es sei ihnen infolge der kurzen Einberufungsfrist nicht möglich gewesen, zur Konferenz Stellung zu nehmen. Die Zahlstellen Fachsenheim hat es fertig gebracht, sich einfach über den Verbandstagsbeschluss hinwegzusetzen, indem sie dem Gauleiter brieflich erklärte, sie lehne jene Verwirklichung ab, da sie in der Lage sei, ihre Agitation selbst zu betreiben. Von Disziplin zeugt das gerade nicht. Wenn sie glauben, ihre Agitation selbst betreiben zu können, so haben sie das bis jetzt noch nicht bewiesen. Die Annahme an Mitgliedern, die sie in letzter Zeit zu verzeichnen haben, sind am wenigsten auf ihr Agitationskonto zu legen. Auch ist dies noch kein Grund, der gegen die Verwirklichung spricht. Es handelt sich hier überhaupt nicht um die Zweckmäßigkeitfrage, denn diese hat ja der Verbandstag durch seinen Beschluß entschieden, sondern um die Prinzipienfrage, ob wir uns dem Beschluß, den die höchste Instanz unserer Agitation gefaßt hat, fügen oder widerstreben wollen. Den Fachsenheimer Kollegen ist aber anscheinend jedes demokratische Gefühl abhanden gekommen, denn sie haben sich, ohne die Konferenz abzuwarten, für das letztere entschieden. Doch nun zur Konferenz. Zur Tagesordnung hatte Kollege Knöchel das Referat übernommen. In klarer Weise legte er die Gründe dar, die den Verbandstag zu diesem Beschluß bewegen haben, sowie die Vorteile, die uns aus diesem Beschluß erwachsen. Besonders betonte er, daß durch die Verwirklichung eine Einheitlichkeit in der Agitation, bei Lohnbewegungen, Streiks und Aussparungen erzielt werde, ferner sei durch Anstellung von Geschäftsführern eine intensivere Agitation möglich, die Geschäftsführung werde einheitlicher und die Verwaltungskosten geringer. Je kräftiger aber die Agitation betrieben werde, desto größer werde auch die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks. Deshalb sei vor allem notwendig, daß die Lokalkasse gestärkt werde, um auf alle Fälle gerüstet zu sein. Bei einem einheitlichen Kampf müsse aber auch die Unternehmung einheitlich sein und dies bedinge wiederum einen einheitlichen Lokalbeitrag. Der Mittelpunkt des Bezirkes sei Frankfurt, ebenso je-

* Der Reichsbank-Diskont ist inzwischen auch auf 7 Prozent erhöht.

Frankfurt die Zentrale des Industriekreises, nicht halten sich die eingeladenen Zahlstellen mit Frankfurt zu verschmelzen. Die Frankfurter Kollegen würden ihnen in jeder Beziehung Rechnung tragen und in weitestgehender Weise entgegenkommen. Kollege Knöchel schloß sein Referat mit der Aufforderung, in allen Zahlstellen Versammlungen einzuberufen, um über die Verschmelzung schlüssig zu werden. Der Vorstand sei bereit, überall Referenten zu stellen.

Das Referat entfiel nicht, sondern wurde scharf diskutiert, in der sich alle anwesenden Delegierten, mit Ausnahme der Frankfurter, als Gegner der Verschmelzung entpuppten. Die Debatte umdehnte jeder Sachlichkeit, desto reicher aber war sie an persönlichen Motiven. Sachlich war ja auch an der Verschmelzungsfrage nichts auszuwickeln, deshalb wurden alle möglichen Dinge, die mit der Sache in gar keinem Zusammenhang standen, herbeigezogen, um damit den egoistischen Standpunkt zu verdecken. So wurden fehlerhafte oder verweigerter Lohnbewegungen, verweigerter Rechtschutz, Fehler, die angeblich die Frankfurter Kollegen, der Gauleiter und der Hauptvorstand gemacht haben sollen, vorgeführt, um sie gegen die Verschmelzung sprechen zu lassen. Allgemein wurde befürchtet, bei der Verschmelzung oder Einführung eines einheitlichen Sozialbeitrages Mitglieder zu verlieren. Ebenso wollten sämtliche Zahlstellen ein selbständiges Wirtschaftsgebiet sein, selbst die Zahlstellen Keltnerbach und Oberursel. Die Kollegen der Zahlstelle Höchst führten an, die früheren Zahlstellen, die sich mit Frankfurt verschmolzen hätten, seien alle zurückgegangen. Der Selbsthaltungstrieb veranlasse sie, gegen die Verschmelzung zu stimmen. Die Kollegen der Zahlstelle Neu-Niedburg wollten mehr Nachteil in der Verschmelzung erkennen, da sie den Verlust ihrer weiblichen Mitglieder befürchteten. Die Kollegen der Zahlstelle Oberursel befürchteten den Uebertritt ihrer Mitglieder zu dem Metallarbeiterverband, da dort die Unterstützungsgeldleistungen höher seien. (Das ist, mit Verlaub, Unsinn. Sind die Mitglieder Metallarbeiter, dann treten sie sowieso über, und es ist nicht, dann darf und wird sie der Metallarbeiterverband nicht aufnehmen. Uebrigens sind dort nicht nur die Unterstützungen, sondern auch die Beiträge höher. D. R.) Die Kollegen der Zahlstelle Gannau, die am meisten Unlust haben, sich der Verschmelzung zu fügen, da sie gar nicht in der Lage sind, eine Agitation selbst zu betreiben, machten geltend, Gannau sei mehr als 15 Kilometer von Frankfurt entfernt, der Verkehr komme für sie nicht in Betracht. Kollege Kaiser stellte die Freiheit der freien Gewerkschaften, da der Verbandstagsbeschluss gegen den Willen der Mitglieder ginge. (Woher weiß M. das?) Im übrigen erging es sich in persönlichen Anschuldigungen des Kollegen von, den er als Diktator hinzustellen versuchte. (Das ist weder neu noch original! D. R.) Den Gipfel dieser unerquidlichen Debatte bildeten die Ausführungen des Kollegen Broszowski-Nied. Er bezeichnete den Verbandstagsbeschluss als Wölbstein, und stellte dem Kollegen, der es wagen würde, als Referent der Verschmelzungsfrage nach Nied zu kommen, Synchusitz in Aussicht. (Wir müßten den Vortisch des Kollegen S. plündern, wenn wir seine Ausführungen richtig bezeichnen wollten, wir sind aber zu höflich, das zu tun. D. R.) Machte bis jetzt die ganze Debatte einen unerquidlichen Eindruck, so waren die Ausführungen der Frankfurter Kollegen ein wohlthuender Gegenstoß hierzu. Der Kollege Hülcher führte die Gewerkschaft der Zahlstellen nur auf die persönliche Vereingemessenheit der Ortsverwaltungen zurück. Es sei das aber nicht im Interesse des Verbandes. Kollege Kaiser stellte verschiedene Vorwürfe, die gegen die Frankfurter Kollegen erhoben worden, richtig.

Kollege Knöchel hat, doch mehr sachlich zu sein. Wir seien doch nicht zusammen gekommen, um irgend einen Zwang auszuüben, sondern um uns gegenseitig aufzuklären. Ferner wies er zahlmäßig nach, daß die früheren Zahlstellen, die sich Frankfurt angeschlossen haben, nicht zurückgegangen sind, sondern einen eminenten Fortschritt zu verzeichnen haben. Der Kollege Elbers erläuterte in großzügiger Weise die Vorteile der Verschmelzung in bezug auf die Vordarbeiterfrage. Zur Agitation unter den Vordarbeitern sei der Arbeitsnachweis ein bedeutender Faktor. Denselben in die Hand zu nehmen sei aber nur dann möglich, wenn wir uns zusammenschließen. Ein Schlusssatz machte der Debatte ein Ende.

Kollege Knöchel gab im Schlusssatz der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Kollegen einer besseren Einsicht nicht verschließen, und sich die Sautaffe in Paulusse verwandeln möchten.

Wenn wir uns das Resultat der Konferenz betrachten, so kann man sich eines befriedigenden Eindruckes nicht erwehren. Es ist kaum möglich, daß Kollegen, die in den vordersten Reihen der Organisation stehen wollen, sich einem Verbandstagsbeschlusse von so weittragender Bedeutung mit allen Mitteln und Ausreden widersetzen. Der ganze Verlauf der Konferenz hat gezeigt, wie wenig die Kollegen die gewerkschaftlichen Ideen erfassen haben und wie sehr sie noch der inneren Festigung bedürfen, bis sie als überlegene, wohlgeordnete Klassenkämpfer gelten können. Die Disziplin ist die erste demokratische Tugend, sie ist die erste Voraussetzung des Gewerkschaftlers, die Grundlage jeder Organisation. Ohne Disziplin, ohne Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit ist keine Organisation möglich. Wenn sich die Kollegen den Verbandstagsbeschlüssen widersetzen, so machen sie sich nicht nur einer großen Pflichtverletzung schuldig, sondern sie bilden auch einen Hemmschuh in der Fortentwicklung unseres Verbandes. Die Kollegen, die die Verschmelzung hindern wollen, fördern die Zersplitterung. Die Verschmelzungsgegner sollten sich die Unternehmung zum Vorbild nehmen, denn diese sind uns in dieser Frage schon weit voraus. Die Unternehmer haben schon längst erkannt, daß zur Wiederhaltung der Arbeiterkraft ein wohlgeordneter Betrieb allein nicht ausreicht, sondern daß der Zusammenstoß aller einzelnen zu einem Ganzen weit wichtiger ist. Nur die Arbeiterkraft, deren einziges Mittel zur Erreichung besserer Existenzbedingungen die Koalition ist, will dies nicht einsehen. Je enger der Zusammenstoß erfolgt, desto aktionsfähiger

und leistungsfähiger sind wir. Dieser Erkenntnis sollte sich kein Kollege verschließen. Es geschieht dies in seinem eigenen Interesse. Deshalb rufen wir alle Kollegen zu: Fort mit dem Egoismus! Fort mit jedem Vorurteil! Der Verschmelzungsbeschluss will nur eines befehlen.

Korrespondenzen.

Aus Niederbayern.

Den Knallproben in Niederbayern scheint die Organisation unbegrenzt zu werden. So erklärten kürzlich die Herren Maier und Jungmaier, Ziegeleibesitzer in Straubing, wenn die Leute nicht innerhalb 14 Tagen aus dem Verbandsaustritt würden sie entlassen. Eine riesig besuchte Versammlung scheint sie eines besseren belehrt zu haben. Menschlich begrifflich ist es ja, dieses feste Straubing, denn mit Ausnahme von Pommer und Schöffen dürften die hiesigen Löhne wohl die miserabelsten sein. Stundenlöhne von 18-20 Pf. in den hiesigen Ziegeleien sind Normallohne. Die Behandlung gleicht den Löhnen aus Haar, - genau so schlecht. - Nun kommen die Agitatoren und erklären den Leuten, sie hätten gar keine Verpflichtung, zu warten auf die Brosamen, die von den Tischen der Herren fallen; sprechen von unveräußerlichen Menschenrechten der Armen und von der sittlichen Verpflichtung der Arbeiter, sich gegen alles zu wehren, was sie brüdt und was ungerecht ist. Ja, sie unterfangen sich manchmal sogar, die noblen Passionen und zweifelhaften Illüren niederbayerischer Fabrikulane zu kritisieren und zu bespötteln, eine Arbeiterin oder ein Arbeiter sei schließlich so viel wert wie ein Remppfer oder sonst was. - Solche teuflische Lehren stören selbstverständlich den Frieden in Betrieben, und man gäbe was darum, wenn man die roten Heger los werden könnte. Man versuche es doch einmal mit jenem Mittel, das kürzlich ein sehr frommer Herr in Geiselsdorf anbot. Der Herr ersuchte sich nämlich, der Frau eines organisierten Arbeiters anzukündigen: „Wenn Ihr Bräutigam nochmal agitiert, werde ich ihn ausweisen lassen.“ Glaubt man wirklich, mit solchen Ungezogenheiten Leute einschüchtern zu können? Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß nach allem, was in der öffentlichen Versammlung vom 8. Dezember - gesprochen wurde, die Arbeiter - und nicht bloß diese - allen Grund haben, sich erst recht fest in die Organisation zu scharen. Es gibt auch in Geiselsdorf und Greifing manches zu ändern und vieles zu bessern. Verdienen doch erwachsene Männer zur jetzigen Zeit bloß 1,60-1,80 Mk. Sind das Löhne, mit denen man leben und ehrlich bleiben kann? So etwas müßte man begreifen, auch wenn man das Glück hat, kein Arbeiter zu sein. Auch der dortige „Lagerbote“, ein Blatt, dessen Format genau auf die Größe der 6 Pf.-Räse zugeschnitten ist, fñhlt sich zu rufen, tiefsinnige Bemerkungen über obgenannte Versammlung anzustellen. Daß ihm dabei das „Malheur“ passiert, etwas „fehlerhaft“ zu berichten, das tut weiter nichts. Mögen ihn die Arbeiter dafür recht fleißig abonnieren. Unseren Freunden in Straubing und Geiselsdorf aber rufen wir zu: haltet fest am Verbands, laßt euch weder durch Drohungen noch Versprechen irre machen. Hoch die Organisation!

Norden (Ostfriesland).

Wer vor etwa einem Jahrzehnt hier oder auch in einer anderen Stadt unseres Küstenländchens als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter einmal auf längere oder längere Zeit sein Domizil aufgeschlagen und diese Zeit mit dazu auszunutzen versucht hat, die damals größtenteils noch in stumpfer Resignation dahinglebenden ostfriesischen Arbeiter aus ihrer Lethargie aufzurütteln, der wird auf schweren Widerstand gestoßen sein und sehr häufig diesen Versuch als nutzlos aufgeben haben. Inzwischen hat aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihren Kreis immer weiter gezogen und schließlich auch unseren Bezirk in der äußersten Nordwestecke des Deutschen Reiches mit eingeschlossen. Es gibt jetzt wohl fast keine Stadt mehr in diesem Gebiet, in der nicht jede in Betracht kommende freie Gewerkschaft eine Zahlstelle errichtet hätte, und auch unser Verband hat bereits in einigen Orten festen Fuß gefaßt, wenn auch nur erst in bescheidenem Maße. Nachdem in Embden schon seit einiger Zeit eine Zahlstelle besteht, haben sich auch hier kürzlich mehrere Kollegen, zumeist Ziegler, unserem Verbands angegeschlossen, und da Norden eine der industriereichsten Städte ganz Ostfrieslands mit ist, so glauben wir bestimmt annehmen zu können, daß ihre Zahl sich in nächster Zeit bedeutend vergrößern wird. Zwar kostet es ein schweres Stück Arbeit, die uns noch fernstehenden Kollegen für unsere und somit auch für ihre eigene Sache zu interessieren, eben weil sie die Furcht noch nicht zu überwinden vermögen, ihre Arbeitgeber könnten dahinter kommen, daß auch sie sich den so verhassten organisierten angegeschlossen. Das erschwert auch so recht der Umstand, daß gelegentlich einer am 24. November hier abgehaltenen, fast besuchten öffentlichen Fabrikarbeiter-Versammlung, bei der Kollege M. Hegemann-Hamburg über das Thema „Die Kulturarbeit der Gewerkschaften“ referierte, niemand sich getraute, sich zum Beitritt zu melden. Aber wir hoffen dennoch, daß die Saat auf fruchtbaren Boden gefallen ist und demnächst doch keimen und aufgehen wird. Und ferner sollte man meinen, daß die letzten wirtschaftlichen Kämpfe, die sich am hiesigen Orte abwickelten, den noch unschlüssig sich Verhaltenden die Augen öffnen werden. Wir möchten nur auf den noch immer andauernden Kampf bei der Firma „Doornkaat“, Brenner- und Branner-Altien-Gesellschaft, hier selbst verweisen, wo die organisierten Arbeiter mit der Forderung auf Anerkennung ihres allerersten Rechtes, ihres Koalitionsrechtes, und eines im Vergleich mit anderen Orten nur ganz minimalen Lohnsatzes auf so hartnäckigen Widerstand der Unternehmer stoßen. Ob aber die Firma den „Herrn im Hanse“-Standpunkt wird ausrecht erhalten können, nachdem nunmehr im ganzen Bezirk für gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter diejenigen Wirtschaften geipert sind, in denen noch Doornkaatische Getränke zum Ausschank gelangen, bleibt abzu-

warten. Wir hoffen, daß auch unsere auswärtigen Kollegen, soweit sie Gelegenheit dazu haben, diese Maßregel mit zur Durchführung bringen, denn der Sieg der Doornkaatischen Arbeiter ist gewissermaßen auch unser Sieg, da sich die übrigen kleineren Fabrikanten hierorts sehr häufig nach den Verhältnissen bei genannter Firma zu richten scheinen. Den hiesigen Fabrikarbeitern, welche uns zumeist noch indifferenz gegenüberstehen, rufen wir zu: Schließt euch uns an! Helft mit, daß auch für uns bessere Zeiten anbrechen, denn Böhne von 12, 13, 14, 15, im allgeringsten bevorzugten Falle 18 Mark sind doch heutigentags wahrhaftig vom Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Auch bei den bescheidensten Ansprüchen ist es keinem Menschen möglich, mit einem solchen Lohne eine Familie zu ernähren, und es ist für den einfachen Arbeiter nachgerade der Tag zu einem wahren Festtag geworden, an dem er sich für verhältnismäßig schweres Geld ein Stück minderwertiges Fleisch erworben - wenn er sich diesen Luxus überhaupt noch erlauben kann. Darum hinein in helleu Gassen in den Fabrikarbeiter-Verband. Erkennt, daß nur in unserer Einigkeit unsere Macht liegt: Einen Strohhalm zerreißt man mit Leichtigkeit, aber ein Bund solcher Strohhälme bietet aller Anstrengung Trotz! Scheuet nicht den kleinen Beitrag, er wird sehr bald sich hoch genug verjähren. Nehmt auch ein Beispiel an euren Arbeitgeber; auch sie schließen sich zusammen, einerseits um für ihre Erzeugnisse möglichst hohe Preise zu erzielen und am Jahresabschluss einen möglichst großen Profit in ihre Taschen zu stecken, andererseits um die Arbeiterkraft nach allen Regeln der Kunst niederzuhalten, um ihr kaum so viel an Lohn zu gewähren, daß sie den allernotwendigsten Lebensunterhalt bestreiten können. Darum, Kollegen, schließt euch zusammen, unser Los zu verbessern. Dies könnt ihr nicht in einem sogenannten evangelischen Arbeiterverein, an dessen Spitze ein Lehrling und Unternehmer stehen, die von euren Verhältnissen so gut wie gar nichts verstehen, sondern die nur insofern ein Interesse an euren Beitritt zu derartigen Vereinen haben, als ihr dadurch ihren Wünschen gefügiger werdet. Nur durch euren Beitritt zu eurer Organisation: dem Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, ist es euch möglich, eure Lage zu verbessern.

Schorndorf.

Am 19. Dezember tagte im „Gasthaus zum weißen Baum“ unsere Mitglieder-Versammlung. Auf Anregung des Gauleiters, Kollegen Wörner, soll in nächster Zeit in Blüthenhausen unter den Metallfabrik-Arbeitern wieder ein Versuch gemacht werden, dieselben für die Organisation zu gewinnen. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, Anfang Februar eine Versammlung dort abzuhalten. Der Vortrag des Kollegen Thumm, „Entstehung und Entwicklung des Zentralverbandes“, wurde infolge der Schwach besuchten Versammlung auf Mittwoch, den 16. Januar, verschoben. An diesem Tage findet unsere Hauptversammlung statt, und ersuchen wir daher sämtliche Kollegen, vollständig zu erscheinen. Am 19. Januar halten die vereinigten Gewerkschaften im „Gasthaus zum weißen Baum“ ihre Generalversammlung ab, wir richten deshalb an sämtliche Kollegen die Mahnung, bis zum 16. Januar die Parteiliste mit 10 Pf. pro Monat, zu entrichten, daselbst gilt für die Verbands-Mitbeiträge. Ferner wurde beschlossen, für die Kinder unseres erkrankten Kollegen A. Kumpfer eine Weihnachtsgeld-Sammlung auszugeben. Nachdem Kollege Thumm über seine Maßregelung sowie über Anfragen der Kollegen, betreffs Arbeit, die nötige Auskunft erteilt hatte, wurde die weitere Unterstutzung einstimmig anerkannt.

Thale.

In der am Sonntag, den 16. d. M., stattgehabten Mitglieder-Versammlung wurde folgendes verhandelt. Zunächst hielt Kollege Schintel einen Vortrag über das Krankenversicherungsgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse, dem allgemein zugestimmt wurde. Es wurden die hiesige Kreis-Gemeinde-Krankenversicherung und die Betriebskrankenkasse des Eisenhüttenwerkes näher betrachtet und festgestellt, daß beide Kassen kaum den gesetzlichen Vorschriften genügen. Der Kollege Reune schilderte ferner die Ursachen, woran vor zwei Jahren hier die Gründung einer Ortskrankenkasse gescheitert ist und wollen wir in der nächsten Zeit wiederum eine Agitation für dieselbe aufnehmen, da es hier am Orte möglich ist, eine Ortskrankenkasse für die vielen kleineren Arbeitgeber zu errichten. Zu den stattfindenden Wahlen auf dem Eisenhüttenwerke, welche im Dezember stattfinden, sollen gemeinschaftliche Vertreter vom Fabrikarbeiter- und Metallarbeiter-Verband auf Grund beiderseitiger Vereinbarung in einer Versammlung für die bestimmte Abteilung aufgestellt werden. Die Mitglieder-Versammlungen werden von jetzt ab durch Jusefat im „Proletarier“ veröffentlicht. Die Neuwahlen der Bevollmächtigten sollen im Januar in der Hauptversammlung stattfinden.

Verbandsnachrichten.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

132 950, ausgestellt auf den Namen Paul Anrede am 24. Februar 1906 zu Verburg.

Eingegangene Zahlstellen.

Die Mitglieder in Aderstedt schließen sich am 1. Januar 1907 der Zahlstelle Verburg an.

Die Mitglieder der Zahlstellen Billwärder, Langensfelde-Stellingen, Langenhorn, Ohlstedt, Wandsbel und Wilhelmshagen schließen sich am 1. Januar 1907 der Zahlstelle Hamburg an.

Briefkasten.

Infolge des Neujahresfestes muß für die Nr. 1 des Blattes der Redaktionsschluss schon Sonnabend, den 29., vormittags erfolgen. Fr. Versammlungsberichte werden nur aufgenommen, wenn sie von a. l. l. g. e. m. in einem Interesse sind. G. in D. Abdruck des Artikels nicht zugänglich, da wir für Schokoladenfabriken nicht zuständig sind.

... Das Protokoll vom ... 8. ordentl. Verbandstage

ist erschienen

und mit dem Versand begonnen worden. Auf 216 Druckseiten wird eine getreue Wiedergabe der Verhandlungen den Lesern geboten. Dem Protokoll sind der Vorstands- und Ausschussbericht und die dem Verbandstage vorgelegenen Anträge beigegeben. Ein Inhaltsverzeichnis und Sprechregister erleichtern das Nachschlagen. Der Preis ist 15 Pfennig pro Exemplar. Bei mehr als fünf Exemplaren erfolgt portofreie Zusendung. Alle Verbandsorte, welche ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben, wollen das sofort tun. Bestellungen sind zu richten an August Brey, Hannover, Münzstraße 5, 3. Etg. 1.

Der Vorstand.

Zahlstelle Kempten.

Samstag, den 6. Januar, in der GutsMuths „Zur Kaserne“ (L. Hülcher):

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassbericht. 3. Verschlüssen der Bezahlungen. 4. Bericht des Ausschusses.

Es ist Pflicht aller Mitglieder, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Schorndorf.

Mittwoch, den 16. Januar 1907, abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zum Säcken“:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen Thumm. 2. Tätigkeits- und Kassbericht. 3. Anträge und Beschlüsse.

Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Dahn.

Sonntag, den 30. Dezember 1906, nachmittags präzis 3 Uhr.

Generalversammlung

im Saale „Zum grünen Baum“.

Tagesordnung: 1. Jahresabschluss. 2. Vorschläge der Bevollmächtigten und Revisionen. 3. Wann tagen 1907 unsere Versammlungen? 4. Wahl des Hilfskassierers. 5. Verschiedenes.

Kollegen, die gewillt sind, als Hilfskassierer tätig zu sein, wollen sich bis spätestens 29. Dezember bei den Kollegen Jos. Kohrer oder Philipp Raab melden. Zu der Hoffnung, daß in dieser Versammlung kein Mitglied fehlt, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

Die Bevollmächtigten.

225 41 Verbandsbücher sind mitzubringen.

Zahlstelle Ziegel.

Sonntag, den 6. Januar 1907, nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn A. Gohlhaas, Ziegel, Waller und Braunstraßen-Ecke.

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1906. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Vorschläge der Bevollmächtigten und Revisionen. 4. Verschiedenes.

Kollegen, wir ersuchen euch, recht zahlreich und pünktlich in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Thale.

Unsere Mitglieder-Versammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, im „Reichsanler“, statt.

Die Ortsverwaltung.

Notiz-Kalender 1907.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für unsere Kollegen.

Der Preis ist 50 Pfennig pro Exemplar. Bei mehr als fünf Exemplaren erfolgt portofreie Zusendung. Alle Verbandsorte, welche ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben, wollen das sofort tun. Bestellungen sind zu richten an August Brey, Hannover, Münzstr. 5, 3. Etg. 1.

Der Vorstand.